Ordnung und Vernichtung

DIE POLIZEI IM NS-STAAT

Ordnung und Vernichtung

Die Polizei im NS-Staat

Herausgegeben von der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster,
und Florian Dierl, Mariana Hausleitner, Martin Hölzl und Andreas Mix

Sandstein Verlag

Inhalt

8
Grußwort
Boris Rhein

10
Grußwort
Klaus Neidhardt

12
Vorwort
Hans Ottomeyer

14
Die Polizei im NS-Staat
Wolfgang Schulte

ESSAYS

16
Mariana Hausleitner
Die Polizei
in der Weimarer Republik

30
Florian Dierl
Die Ordnungspolizei

42
Thomas Roth
Die Kriminalpolizei

54
Gerhard Paul
Die Gestapo

66
Detlef Graf von Schwerin
Unter dem ›Schutz der Truppe‹
Das Verhältnis der Polizei zur Wehrmacht

78
Andreas Mix
Erfolgsstory oder Skandalgeschichte?
Die strafrechtliche Aufarbeitung
der Polizeiverbrechen

90
Martin Hölzl
Legenden mit Langzeitwirkung
Die deutsche Polizei
und ihre NS-Vergangenheit

KATALOG

104
Eine Institution mit Vergangenheit

112
Militärische Traditionen und
demokratische Ansätze
in der Weimarer Republik

134
Die Polizei als Stütze
der nationalsozialistischen Diktatur

180
Die Radikalisierung der Polizei im Krieg

206
Europa im Griff der Polizei

230
Grenzenloses Morden

260
Viele Vollstrecker und
wenige Verweigerer

280
Neuanfang, aber keine Stunde Null

302
Die Wiederkehr der verdrängten
Vergangenheit

ANHANG

310
Leihgeber

311
Dank

312
Zeittafel

314
Auswahlbibliografie

318
Personenregister

320
Bildnachweis

Die Gestapo

GERHARD PAUL

Abb. S. 54/55: Verhaftete Juden in Baden-Baden vor ihrer Einweisung ins KZ Dachau, 10. November 1938 (Kat. 166)

Keine andere Institution bestimmt unser Bild des nationalsozialistischen Terrors so sehr wie die Geheime Staatspolizei. Und über keine andere Institution des NS-Staates existieren so viele Gerüchte wie über sie. Bis heute scheint sie umgeben vom Mythos der Allgegenwart, der Allwissenheit und der Allmacht.

Tatsächlich war die Gestapo das wichtigste Instrument der Exekution des Führerwillens. Sie war das »Herz« des nationalsozialistischen Terrors, wie Franz Neumann 1944 befand.[1] Indes: DIE Gestapo gab es nicht, denn diese war keine statische und schon gar keine von der sie umgebenden Gesellschaft isolierte Institution. Mit ihren Aufgaben, ihren Strukturen und ihrer Praxis war die Gestapo der Anfangsjahre eine andere als die nach 1936 oder die des Krieges. In mehreren Radikalisierungsschüben veränderte sie sich vom Exekutivorgan der politischen Gegnerbekämpfung zum wichtigsten Organ der Durchsetzung eines rassistischen Gesellschaftsmodells. Ihr Apparat war zudem eingebettet in ein breites institutionelles und gesellschaftliches Geflecht der Unterstützung, ohne die sie ihre Aufgaben nicht hätte bewältigen können und ohne die sie nie so mächtig gewesen wäre.

Anfänge und Beginn

der Radikalisierung

In ihren organisatorischen Strukturen, ihrer personellen Zusammensetzung, ihren polizeilichen Methoden sowie in etlichen ihrer Feindbilder knüpfte die Gestapo an die Politische Polizei der Weimarer Republik an. Diese hatte sich nach dem 30. Januar 1933 relativ ungehindert von den neuen Machthabern funktionalisieren lassen. Vorreiter der Entwicklung war Bayern, wo der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, bereits am 1. April 1933 zum Politischen Polizeikommandeur Bayerns bestellt wurde. In den anderen Reichsteilen gelang es dem SS-Chef im Laufe der nächsten Monate, die Politischen Polizeien unter seine Kontrolle zu bringen. Den Abschluss fand der Prozess in Preußen, wo Himmler am 20. April 1934 zum Inspekteur und stellvertretenden Chef des neu errichteten Gestapoamtes (Gestapa) in Berlin ernannt wurde, dessen Leitung bei dem Chef des parteiinternen Sicherheitsdiensts der SS, Reinhard Heydrich, lag.

Nach dem preußischen Gestapo-Gesetz vom April 1933 hatte das Gestapa »alle staatsgefährlichen politischen Bestrebungen« zu erforschen, die Ergebnisse der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten. Die Gestapo verfügte damit über die Macht zu definieren, wer und was als ›staatsgefährlich‹ anzusehen war. Außerdem bestimmte das Gesetz, dass die neue Polizei mithilfe von Außenstellen (Staatspolizeistellen) für die einzelnen Landespolizeibezirke tätig werden sollte.[2] Bei diesen flächendeckend zu bildenden und regional organisierten Polizeistellen handelte es sich im Kern um die früheren Abteilungen Politische Polizei bei den Polizeipräsidien. Schließlich wies das Gesetz der Gestapo eine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Polizeibehörden sowie gegenüber der Hilfspolizei zu.

Einen ersten Radikalisierungsschub erlebte die Politische Polizei während der politischen Gegnerbekämpfung bis 1936. Bei Aktionen wie der reichsweiten Verhaftung von mehr als 1500 ehemaligen KPD-Funktionären 1935 übten sich ihre Angehörigen in den neuen Terror ein.

Helmuth Ellgaard, Plakat mit Spendenaufruf für das Winterhilfswerk am Tag der Deutschen Polizei am 29. Januar 1939 (Kat. 5)

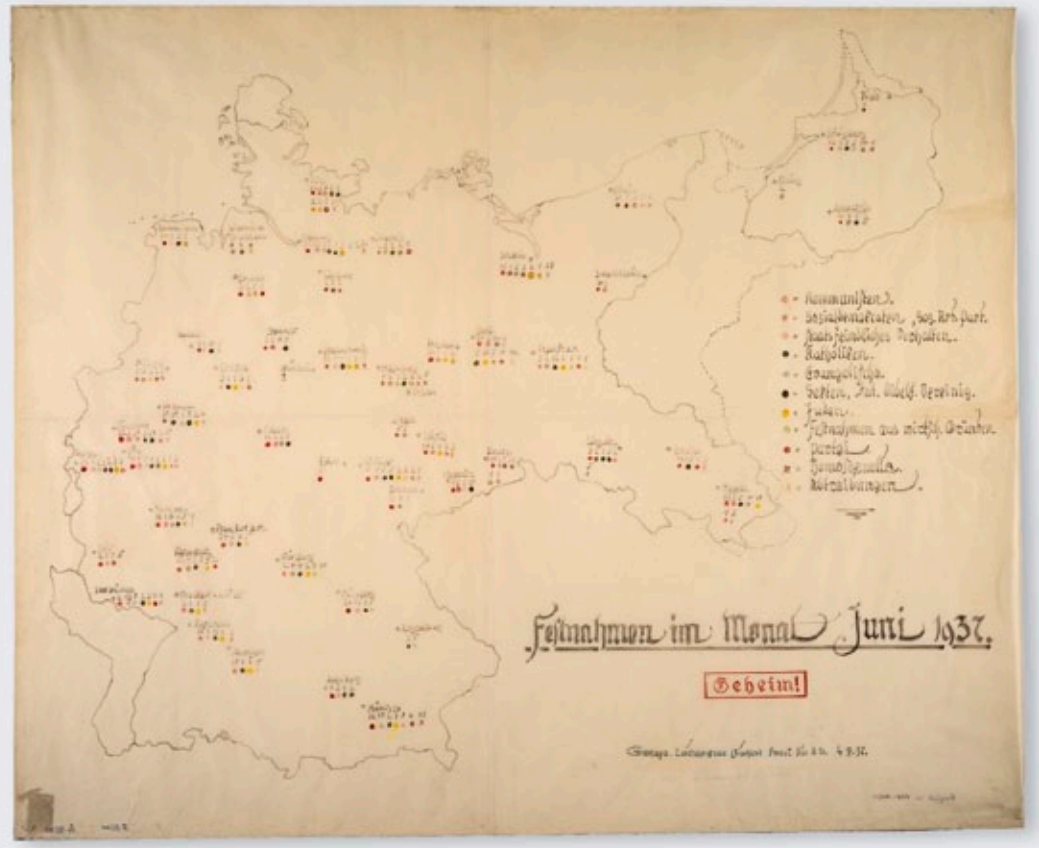
Die Gestapo als
›völkische Polizei‹

Mit der Übernahme der preußischen Gestapo und der Politischen Polizeien der anderen Länder durch Himmler 1934 sowie dem Abschluss der politischen Gegnerbekämpfung 1936 wurde der zunächst teils unkoordiniert praktizierte Terror in geregelte Bahnen gelenkt und die Gestapo auf neue Aufgaben ausgerichtet. Ab 1935 machten Gestapo und Politische Polizeien daher einen Wandlungsprozess durch, der ihre Aufgaben, ihre Wahrnehmung und ihr Selbstbild veränderte und der sie letztlich von der klassischen Politischen Polizei zur Rassenpolizei werden ließ.

Kern des neuen Selbstverständnisses war die Fiktion der Bedrohung des deutschen ›Volkskörpers‹ und das daraus abgeleitete Konzept einer ›völkischen Polizei‹. Nicht mehr Staat und Recht, sondern Volk und Rasse sollten im Zentrum polizeilichen Denkens und Handelns stehen. Im »völkischen Führerstaat«, so der Justiziar und Chefideologe der Gestapo, Werner Best, diene alle staatliche Tätigkeit nicht dem Vollzug verfassungsmäßiger Gesetze, sondern der »AUSÜBUNG NOTWENDIGER FUNKTIONEN des Volksorganismus«.[3] Während die Wehrmacht als »Instrument des völkischen Selbstschutzes nach außen« fungiere, sei die Polizei das »Instrument des inneren Selbstschutzes des Deutschen Volkes«. Jeder Versuch, eine andere politische Auffassung durchzusetzen oder aufrechtzuerhalten, müsse »als Krankheitserscheinung, die die gesunde Einheit des unteilbaren Volksorganismus bedroht, ohne Rücksicht auf das subjektive Wollen seiner Träger ausgemerzt« werden. Aufgabe der Politischen Polizei sei es, »den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers« zu überwachen, »jedes Krankheitssymptom« rechtzeitig zu erkennen und die »Zerstörungskeime [...] mit jedem geeigneten Mittel« zu beseitigen.[4]

Vorstellungen wie diese hatten Konsequenzen für den Gegnerbegriff wie für das polizeiliche Handeln. Nach den Vorstellungen von Himmler und seinen Getreuen bestimmten nämlich nicht nachweisbare, sondern objektiv berechenbare und mögliche Verbrechen das Handeln der neuen Polizei. Vom ›Verdächtigen‹ anderer Geheimpolizeien unterschied sich der ›Volksfeind‹ dadurch, dass er nicht durch irgendeine Aktion, sondern durch die von ihm unbeeinflussbare Politik des Regimes zum Gegner wurde. Die Unschärfe des Gegnerbegriffs, nach der neben Juden auch ›Asoziale‹, Homosexuelle, Behinderte, ›Fremdvölkische‹ und ›Gemeinschaftsfremde‹ den ›Volkskörper‹ bedrohen konnten, begründete eine Radikalisierungsdynamik, die immer mehr Gruppen unter Generalverdacht geraten ließ und im Polizeialltag zu einer ständigen Ausweitung der Aufgaben und einer daraus resultierenden Überforderung führte.

Eine erste Einübung in das neue Konzept der ›völkischen Polizei‹ waren die gemeinsam von Gestapo und Kriminalpolizei 1937/38 durchgeführten Maßnahmen gegen ›Asoziale‹, ›Arbeitsscheue‹ und ›Berufsverbrecher‹ sowie 1938 die zusammen mit den Parteiformationen durchgeführten Aktionen während der Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung. Sie markierten den Übergang zur ›rassischen Generalprävention‹ und damit einen zweiten Radikalisierungsschub.



Die Verkoppelung
mit der SS

Festnahmen im Juni 1937, Übersichtskarte aus dem Geheimen Staatspolizeiamt (Kat. 136)

Begleitet wurde die ideologische Neuformierung der Polizei durch deren Herauslösung aus der inneren Verwaltung sowie durch den parallelen Prozess ihrer Zentralisierung unter Himmler. In mehreren Schritten entstand 1936 die Gestapo als eigenständige Institution des NS-Maßnahmenstaats. Zunächst stattete das »Gesetz über die Geheime Staatspolizei« vom 10. Februar 1936 die Gestapo mit einer dreifachen Befugnis aus: mit einer Definitionsbefugnis, wonach diese nun alleine bestimmen konnte, wer als ›staatsgefährlich‹ anzusehen sei, mit einer reichsweiten Exekutivbefugnis, nach der die Gestapo nun »alle staatsgefährlichen Bestrebungen« selbständig zu »bekämpfen« habe, sowie mit der Befugnis zur Schutzhaftnahme, die einschloss, dass Verfügungen der Gestapo nicht mehr der Nachprüfung durch Gerichte unterlagen. Damit war ein rechtsfreier Raum staatlichen Handelns geschaffen, der Willkür und Terror Tür und Tor öffnete.

Mitarbeiter der Flensburger Gestapo bei einem Ausflug am Himmelfahrtstag 1936

Mit der Ernennung des Reichsführers-SS zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern 1936 durch Hitler fand in einem zweiten Schritt die Herauslösung der Polizei aus der inneren Verwaltung sowie parallel die Zentralisierung der Politischen Polizei unter Himmler ihren Abschluss. Damit unterstand diesem nun die Führung der gesamten deutschen Polizei. Organisatorische Konsequenz dieser Zentralisierung war die Bildung von zwei direkt dem Reichsführers-SS unterstellten Hauptämtern: dem Hauptamt Ordnungspolizei und dem Hauptamt Sicherheitspolizei, in dem – unter Heydrich – Gestapo und Kriminalpolizei gemeinsam ressortierten. Im August 1936 schließlich kam es zur reichsweiten Vereinheitlichung der Gestapo. Alle Politischen Polizeien trugen fortan die Bezeichnung Geheime Staatspolizei. Im September 1936 wurde das Berliner Gestapa mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Politischen Polizeikommandeurs der Länder beauftragt und damit zur Reichszentrale aufgewertet, aus der mit Kriegsbeginn das Reichssicherheitshauptamt als neue Superzentrale des NS-Terrors hervorging.

Das Personal der Gestapo

In den Anfangsjahren rekrutierte sich die Gestapo vornehmlich aus dem Personal der Kriminalpolizei und der Politischen Polizei der Weimarer Republik, verstärkt durch Angehörige der Hilfspolizei, bei denen es sich mehrheitlich um Mitglieder aus SA und SS handelte. Mit dem steigenden Personalbedarf rückten verstärkt berufsfremde NSDAP-Mitglieder in freie Stellen nach, die ihre mangelnde polizeiliche Erfahrung und Kompetenz durch weltanschauliche Radikalität und praktizierten Terror auszugleichen suchten. In den Chefetagen der neuen Polizei indes tummelten sich mehrheitlich junge, aus der Mitte des deutschen Bürgertums stammende Juristen, die teils aus politischer Überzeugung, teils aus opportunistischen Motiven den Weg zur Gestapo gefunden hatten. In weltanschaulichen Schulungsprogrammen wurden die Gestapo-Bediensteten seit Mitte der 1930er Jahre auf das Konzept der ›völkischen Polizei‹ eingeschworen. Mit dem Krieg und den Erfahrungen im ›sicherheitspolizeilichen Einsatz‹ im Ausland nivellierten sich diese Unterschiede in der personellen Zusammensetzung der Gestapo. Vor allem in den regionalen Staatspolizeistellen nahm die SS-Prägung nun deutlich zu. Vereinzelt rückten jetzt auch ehemalige SS-Hilfspolizisten in Leitungsfunktionen auf. Hilfskräfte, bei denen es sich um Notdienstverpflichtete aus allen Berufen, um kollaborationswillige Ausländer, Invaliden der Waffen-SS sowie um Frauen handeln konnte, füllten die durch den Kriegseinsatz entstandenen Lücken im sicherheitspolizeilichen Apparat auf.

Gestapo-Methoden

und weitere Radikalisierung

Der ideologischen Radikalisierung des Personals entsprach die Radikalisierung der polizeilichen Methoden. Besessen von der Idee der Bedrohung des deutschen ›Volkskörpers‹, sollte es der Politischen Polizei erlaubt sein, staatsfeindliche Angriffe abzuwehren, »mit jedem Mittel, das Erfolg verspricht«. Selbstbeschränkungen in den Mitteln dürfte es nicht geben.[5] In Formulierungen wie diesen war letztlich die Entgrenzung der polizeilichen Methoden bis hin zum Massenmord angelegt.

Zu den genuinen Instrumenten staatspolizeilicher Arbeit zählte die seit 1933 praktizierte Methode der ›verschärften‹ bzw. der ›technischen Vernehmung‹, wie die Geständniserpressung euphemistisch hieß. Diese umfasste ein Bündel von Repressalien wie Schlafentzug, Einfachverpflegung und körperliche Gewalt. Als bedeutendstes Instrument polizeilichen Handelns indes erwies sich die Befugnis zur Schutzhaftnahme, die unter Umgehung der Gerichte verhängt und sowohl in staatlichen Gefängnissen als auch in wilden Schutzhaftlagern und in den neu gebildeten, der SS unterstehenden Konzentrationslagern vollstreckt wurde. Die polizeiliche Verhängung eines unbefristeten Freiheitsentzugs ohne rechtsförmiges Verfahren diente als Allzweckwaffe: als wirksames Einschüchterungsinstrument, da niemand wusste, ob und wann und wie lange man in die Fänge der Gestapo geraten konnte, als Ermittlungsersatz,

Militärische Traditionen und demokratische Ansätze in der Weimarer Republik

Die Polizei der Weimarer Republik wurde in deren ersten, politisch sehr unruhigen Jahren neu aufgebaut. National-konservative Militärs unter General Groener gingen im November 1918 mit den Sozialdemokraten um Friedrich Ebert eine Interessengemeinschaft ein. Sie stellten der Regierung Ebert zum Kampf gegen linke Umsturzbestrebungen Verbände aus den Fronttruppen des gerade beendeten Weltkriegs zur Verfügung. Erfolgreich bekämpften diese Einheiten die revolutionären Aktivitäten der Linken, oft gemeinsam mit weiteren rechtsgerichteten Freikorps. Im Frühjahr wurden diese Verbände – und in Teilen auch die Paramilitärs der Freikorps – in die sogenannte Sicherheitspolizei überführt. Allerdings erwies sich die Sicherheitspolizei bei dem rechten Umsturzversuch durch Kapp und Lüttwitz im März 1920 als unzuverlässig, auch wenn dieser Putsch letztlich erfolglos blieb.

Die vorrangige Aufgabe des im Frühjahr 1920 ernannten preußischen Innenministers Carl Severing (SPD) war es, die Sicherheitspolizei zu einer loyalen republiktreuen Institution umzuformen. Er wandelte die Polizei in Preußen in die Schutzpolizei um und setzte sie erfolgreich als innenpolitischen Konfliktregler ein. Die dabei erzielten Erfolge – wie die Niederschlagung des ›Mitteldeutschen Aufstands‹ im März 1921 – richteten das polizeiliche Selbstverständnis stark auf militärische Problemlösungen aus.

In den politisch ruhigeren Jahren ab 1924 ging Severing daran, die preußische Polizei zu reformieren und zu modernisieren. Sein Ziel war eine zivile, republikanische Polizei, die sich als »Freund, Helfer und Kamerad der Bevölkerung« sah. Die von ihm erweiterte einjährige Ausbildung, die in eine dreistufige Einheitslaufbahn mündete, machte den Polizeidienst zum Lebensberuf; die Kriminalpolizei wurde zudem eigenständig. Preußen wurde mit Severings Reformen zum Vorbild für die übrigen Länderpolizeien, doch fand seine Idee einer zivilen, republikanischen Polizei bei vielen Beamten nur wenig Widerhall.

Die Kriminalpolizei sah sich neuen Herausforderungen gegenüber. Zur Kriminalitätsbekämpfung nutzte sie moderne, wissenschaftlich fundierte Instrumentarien wie Daktyloskopie, Fotografie und umfassende Datensammlungen. Dies zog den Wunsch einer zentralen Auswertung der gewonnenen Daten nach sich. Bestrebungen, ein zentrales Reichskriminalpolizeiamt zu errichteten, scheiterten jedoch. Dafür übernahmen die Landeskriminalpolizeiämter die Sammlung und Auswertung der Daten und rückten Ideen einer ›vorbeugenden Verbrechensbekämpfung‹ in den Fokus der Kriminalisten.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise ab 1929 nahm die Zahl der Aufmärsche und Demonstrationen stark zu, die Polizei war im Dauereinsatz. Sie war oftmals nicht in der Lage, die blutigen Zusammenstöße zwischen Anhängern von NSDAP und KPD zu verhindern.

Spätestens mit dem sogenannten Preußen-Schlag vom Juli 1932, als die Reichsregierung Franz von Papens die preußische Regierung absetzte, zeigten viele Polizisten ganz offen ihre Sympathien für die NSDAP. Diese Kräfte erleichterten nach dem 30. Januar 1933 eine reibungslose Eingliederung der Polizeiverbände in den NS-Staat.

Neue Herausforderungen für die Polizei

Die Phase relativer politischer Stabilität zwischen 1924 und 1928 wurde dazu genutzt, die Polizei zu entmilitarisieren. Diese rekrutierte nun vornehmlich junge Männer, die nicht mehr Angehörige von Armee oder Freikorps gewesen waren: Polizist wurde zu einem Ausbildungsberuf, der von einem demokratischen Selbstverständnis geprägt sein sollte. Auch Frauen hatten nun in größerem Umfang Zugang zum Polizeidienst, sie waren vor allem in der Fürsorge tätig.

Die zunehmende Motorisierung und neue Formen organisierter Kriminalität stellten die Polizei vor immer größere Herausforderungen. Zu den neuen Aufgaben der Schutzpolizei gehörte die Regelung des immer stärker werdenden Straßenverkehrs. Die Kriminalpolizei verbesserte die Methoden der Spurensicherung und die Erfassung von Straftaten. Präsentiert wurden neue Konzepte der Polizeiarbeit auf der Großen Polizeiausstellung in Berlin 1926. Sie diente auch dazu, die Polizei als stets präsenten ›Freund und Helfer‹ darzustellen.

11
Polizeistärke in den Ländern der Weimarer Republik
Karte / Berlin, Chris Dormer, envision design

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde lange mit den alliierten Regierungen über die zukünftige Stärke der Polizei in den deutschen Ländern verhandelt. Die Interalliierte Militärkommission, die die Abrüstung überwachte, billigte Preußen als dem größten Land 85 000 Mann zu. Preußen stellte damit mehr als die Hälfte der etwa 150 000 Polizeibeamten, die in der Weimarer Republik ihren Dienst verrichteten.

12
»Arbeiter! Arbeiterfrauen! Welchen Weg wollt ihr gehen?«
Plakat / Karl Holtz (1899 – 1978) / Dresden, 1921 / Lithografie, 69,3 × 94,7 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, P 55/239.1

Armut und Hunger radikalisierten Millionen Deutsche. Eine spontane Streikwelle im mitteldeutschen Industrierevier schlug im März 1921 in eine Aufstandsbewegung um. Sie wurde von 39 Hundertschaften der Polizei blutig niedergeschlagen, offiziell kamen 145 Menschen ums Leben, darunter 32 Polizisten.

Auf dem Plakat werden brutale Polizeigewalt und erfolgreicher Aufstand der Arbeiter einander gegenübergestellt: Schuld am sozialen Elend waren nach Ansicht der Kommunisten die Parteien der bürgerlichen Mitte, zu denen sie auch SPD und USPD zählten. Nur die KPD könne die Arbeiter von der Ausbeutung befreien und sie vor Polizeigewalt schützen.

13 ■
»Hamburger Aufstand 1923«
Hamburg, 23. Oktober 1923 / Fotoreproduktion / Berlin, ullstein bild, 00719492

Hamburger Polizisten präsentieren stolz zwei Kommunisten, die im Oktober 1923 in Hamburg gefangen genommen wurden. Im November 1923 versuchten Rechtsradikale eine bewaffnete Machtübernahme in München zu erwirken. Trotz der Angriffe auf die Republik von linken und von rechten Kräften dominierte in der Polizeiausbildung das Feindbild der Bedrohung von links.

14
Planspiel aus »Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen«
Buchbeilage / (Berlin) Charlottenburg: Verlag Offene Worte, 1926 / 23 × 31,5 cm / Berlin, Polizeibibliothek, D III 4/86

Die Karte stammt aus einem Lehrbuch von Wilhelm Hartenstein, der als Major der Schutzpolizei jene Einheiten führte, die beim Hamburger Aufstand im Oktober 1923 gegen kommunistische Aufständische kämpften.

13

Dabei setzte die KPD erstmals auf eine (Stadt-)Guerillataktik. Der 1924 zum Oberstleutnant beförderte Hartenstein entwickelte militärisch ausgerichtete Ausbildungsmethoden, um die Polizei auf derartige Herausforderungen bei inneren Unruhen vorzubereiten.

15 ■ → Abb. S. 21
Polizeiausbildung: Erstürmung von Gebäuden
Fotoalbum / Meißen, 1922 – 1932 / 26 × 33 cm / Dresden, Polizeigeschichtliche Sammlung Sachsen

16
Degen des Polizeimajors Theodor Siebert
Berlin, um 1920 / Metall, 91 × 18 cm / Berlin, Polizeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin

17
Polizisten mit Degen
Eisleben, 1921 / Foto, 12,8 × 17,9 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, F 64/2068

Viele Polizeioffiziere trugen nach Kriegsende noch Degen aus dem kaiserlichen Heer, die für sie prestigeträchtige und repräsentative Symbole ihrer Stellung waren und oft auch ihre Distanz zur neuen Staatsordnung zum Ausdruck brachten. Monarchische Hoheitsabzeichen und das Griffemblem mussten allerdings im Zuge der sogenannten Entnobilitierung entfernt werden.

18

18 ■
Seitenwaffe der Polizei
Preußen, nach 1930 / Metall, Leder, 43 × 11 cm / Berlin, Polizeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin

Der Berliner Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß verordnete 1930 das Tragen einer einheitlichen Seitenwaffe. Diese im Vergleich zum Degen deutlich kürzere Seitenwaffe wurde von den Polizeioffizieren als Verletzung ihrer Standesehre empfunden.

19
»Dienst am Volk«
Düsseldorf, 1929/30 / Film, 47 Min. / Düsseldorf, Polizeipräsidium

Der Spielfilm des Düsseldorfer Polizeipräsidiums, der zur Personalwerbung eingesetzt wurde, bietet Einblicke in Ausbildung und Dienstalltag der Polizei. Der Film enthält Sequenzen zur Verkehrsregelung, zum Schwimmunterricht und zu Reitübungen im Gelände. Das Drehbuch stammt von Polizeihauptmann Walter Oberwinder, der auch Regie führte. Gedreht wurde der Film mit Schauspielern aus dem Düsseldorfer Schauspielhaus und Laiendarstellern aus dem Polizeidienst.

Die Große Polizeiausstellung

20
»Great Police Exhibition Berlin 1926«
Plakat / Ernst Böhm (1890 – 1963) / Berlin, September 1926 / Lithografie, 60 × 50 cm / Berlin, Polizeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin

21
Berlin, Internationale Polizeiausstellung
Berlin, 25. September 1926 / Fotoreproduktion / Koblenz, Bundesarchiv/Bildarchiv, 102-03202

22 ■
Eintrittskarte für die Polizeiausstellung
Grafiker: Ernst Böhm (1890 – 1963) / Berlin, September 1926 / 15 × 25 cm / Berlin, Polizeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin

Im Herbst 1926 fand in Berlin auf dem Messegelände am Funkturm eine Große Polizeiausstellung statt, für die auch im Ausland geworben wurde. Um die Neugier auf eine neue, moderne Polizei und auch auf den Polizeiberuf zu wecken, lautete das Motto »Bitte, treten Sie näher«. Das Plakat mit dem Signet des Armes eines Verkehrspolizisten sollte das Bild einer bürgernahen Polizei vermitteln. Neben dem neuen Verkehrsturm, der das neue polizeiliche Tätigkeitsfeld der Verkehrsüberwachung repräsentierte, stand auch ein Modell des Panzerwagens, der bei Übungen zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt wurde. Gemäß Presseerklärungen kamen aufgrund der vielen polizeilichen Sport- und Musikdarbietungen etwa eine halbe Million Besucher.

»Nun hatte die Polizei-Ausstellung sich auch zum Ziel gesetzt, zu beweisen, daß die Polizei im modernen Volksstaat eine Volkspolizei ist und sein will, daß sie ihre Organisation, ihren Ausbau und ihre Ausbildung bewußt stellt unter die Devise: Freund, Helfer und Kamerad der Bevölkerung zu sein.«

Aus dem Geleitwort des preußischen Innenministers Albert Grzesinski im Ausstellungskatalog »Tausend Bilder. Große Polizei-Ausstellung Berlin 1926«, Berlin 1927

22

23
Ampelanlage mit manueller Umschaltung
Berlin, um 1921 / Metall, 300 × 68 cm / Berlin, Polizeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin

Der manuell betätigte Verkehrsregler wurde Anfang der 1920er Jahre in Berlin in Betrieb genommen, er war ein Vorläufer der Lichtsignalanlagen, die bald nur noch Ampeln genannt wurden. Durch steigendes Verkehrsaufkommen wurden in den Großstädten immer mehr Lichtsignalanlagen installiert; die erste 1922 in Hamburg. Berlin erhielt den ersten »Verkehrsturm« 1924 auf dem Potsdamer Platz, ab 1926 wurden im Zentrum Berlins immer mehr moderne Ampeln eingesetzt.

Verkehrserziehung

24 ■ → Abb. S. 23
»Der gute Schupo«
Brettspiel / 1931 – 1932 / Karton, Zinn, 40 × 29 × 3 cm / Berlin, Sammlung Reiner Janick / Gudrun Neumann

25 ■ → Abb. S. 120
Verkehrskasper
nach 1925 / Holz, Stoff, 40 × 10 cm / Hannover, G. Haase

Die Radikalisierung der Polizei im Krieg

Mit Kriegsbeginn kamen auf die Polizei neue Aufgaben zu. Im Deutschen Reich sollte sie den Zusammenhalt der ›Heimatfront‹ mit allen Mitteln aufrechterhalten. Dazu wurden neue Straftatbestände geschaffen und bestehende verschärft. Die Zahl der in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Inhaftierten und zum Tode Verurteilten stieg nach 1939 sprunghaft an.

Der Personalbestand der Polizei veränderte sich in den Kriegsjahren erheblich. Viele Angehörige von Ordnungspolizei, Kriminalpolizei und Gestapo wurden in die von der Wehrmacht eroberten Gebiete versetzt. An ihre Stelle traten ältere Reservisten und neu rekrutierte Beamte.

Um den Mangel an Arbeitskräften zu beheben, verpflichtete das NS-Regime seit dem Winter 1941/42 Millionen Zivilarbeiter und Kriegsgefangene aus allen von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas. Die Mehrzahl wurde gewaltsam aus Polen und aus der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt. Die Polizei erfasste die Zwangsarbeiter in ihren Herkunftsländern und bewachte sie im Deutschen Reich. Mit Verordnungen und Erlassen regelte die Gestapo die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter und ihren Umgang mit der deutschen Bevölkerung. Besonders stark diskriminiert waren polnische und sowjetische Zivilarbeiter und kriegsgefangene Rotarmisten. Bei Verstößen gegen die Arbeitspflicht, Fluchtversuchen und Widerstand drohte ihnen eine mehrwöchige Haft in Arbeitserziehungslagern. Allein im Deutschen Reich gab es mehr als 200 dieser Straflager der Gestapo. In ihnen wurden hunderttausende Zwangsarbeiter interniert. Für die Einweisung der Häftlinge und ihre Bewachung war die Ordnungspolizei verantwortlich.

Ein zentrales Aufgabengebiet der Polizei während des Krieges war der zivile Luftschutz, der von den regionalen Befehlshabern der Ordnungspolizei organisiert wurde. Ihnen unterstanden die Feuerschutzpolizei, die Technische Nothilfe und der Sicherheits- und Hilfsdienst. Die Polizei verfügte nicht über die Mittel, um die Bevölkerung wirkungsvoll vor dem Luftkrieg zu schützen und die Schäden zu beseitigen. Der rassistische Charakter des NS-Regimes zeigte sich auch beim Luftschutz: Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und weitere aus der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ ausgegrenzte Gruppen waren von den Schutzmaßnahmen ausgeschlossen. Der alliierte Luftkrieg zerstörte ab 1942 viele deutsche Städte und legte das öffentliche Leben lahm. Um den Zerfall der öffentlichen Ordnung aufzuhalten, ging die Polizei mit großer Härte gegen die wachsende Eigentumskriminalität vor.

In der Endphase des Krieges verschärfte die Gestapo den Terror gegen die eigene Bevölkerung. Öffentliche Hinrichtungen sollten die kriegsmüde Gesellschaft vor der vorzeitigen Kapitulation abschrecken. Den Mordexzessen in den letzten Kriegsmonaten fielen hauptsächlich Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zum Opfer. Die Gestapo ermordete viele Gefangene und bedrohte jeden, der dem Regime nicht bis zum Untergang folgen wollte.

Polizei und Zwangsarbeit

Mit fortschreitender Kriegsdauer war das Deutsche Reich auf immer mehr Arbeitskräfte für die Wirtschaft angewiesen. Ab 1942 waren insgesamt mehr als acht Millionen Zivilarbeiter und vier Millionen Kriegsgefangene im Deutschen Reich vor allem in Rüstungsbetrieben, in Bauprojekten und in der Landwirtschaft im Einsatz.

Die Gestapo reglementierte mit Erlassen und Vorschriften die Arbeitsverhältnisse und den Umgang der Zwangsarbeiter mit der deutschen Bevölkerung. Besonders schlimm waren die Bedingungen für die Zwangsarbeiter aus Osteuropa: Sie standen am unteren Ende der Hierarchie des Rassismus.

Zwangsarbeiter, die sich den Vorschriften widersetzten, wurden von der Polizei in Arbeitserziehungslager eingewiesen. Diese Lager unterstanden der Geheimen Staatspolizei, das Wachpersonal stellte die Ordnungspolizei.

210
Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion vor der Deportation nach Deutschland
Schepetowka, September 1943 / Fotoreproduktion / Berlin, bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, 30002655

Allein in Polen und der Sowjetunion rekrutierten die deutschen Besatzer mehrere Millionen Menschen zur Zwangsarbeit. Sie wurden von der Polizei bei Razzien festgesetzt und unter schwerer Bewachung mit dem Zug nach Deutschland verschleppt. Die Transporte in den Viehwaggons dauerten oft mehrere Tage, an denen die Menschen nur wenig Verpflegung erhielten.

212

211
Registrierung von Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion im Durchgangslager Wilhelmshagen
Gerhard Gronefeld (1911 – 2000) / Wilhelmshagen, 12. Dezember 1942 / Fotoreproduktion / Berlin, Deutsches Historisches Museum, BA GG 421/15

Durchgangslager dienten der Registrierung und der Verteilung neu ankommender Zwangsarbeiter auf Betriebe in der Region. In den Lagern, die den Arbeitsämtern unterstanden, mussten sich die Zwangsarbeiter einer Desinfektion unterziehen. Mitarbeiter der Arbeitsämter registrierten sie anschließend und stellten ihnen Arbeitspapiere aus.

212 ■
Abzeichen von Zwangsarbeitern
zwischen 1942 und 1945 / Baumwolle, bedruckt, 7 × 6 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, A 93/13

Der Einsatz von Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion wurde vom Reichssicherheitshauptamt in den 1942 herausgegebenen »Ostarbeiter-Erlassen« geregelt. Sie schrieben die Kennzeichnung der ›Ostarbeiter‹ vor. Auf der Oberbekleidung mussten sie ein Stoffabzeichen tragen, das auf blauem Grund mit weißer Schrift das Wort »Ost« zeigte. Verstöße gegen diese diskriminierende Kennzeichnung wurden von der Polizei bestraft.

213
Schuhe von Zwangsarbeitern
zwischen 1939 und 1945 / Leder, Kautschuk, Baumwolle, Holz, 26 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, KT 2004/236.1-2

214 ■
Essgeschirr von Zwangsarbeitern
Berlin, zwischen 1939 und 1945 / Emaille, Metall, Teller 6 × 20 cm / Berlin, Berliner Unterwelten e.V.

214

215
Von einer polnischen Zwangsarbeiterin gefertigtes Strohkörbchen
Wasbek, zwischen 1939 und 1945 / Stroh, Karton, Papier, 15,5 × 20 × 20,5 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, AK 2004/62

Auch unter den bedrückenden Lebensverhältnissen versuchten die Zwangsarbeiter ihre Würde zu bewahren. In ihrer knappen Freizeit angefertigte Gegenstände wie dieses Strohkörbchen dienten dem privaten Gebrauch oder als Tauschobjekte für Lebensmittel, Kleidung und andere rationierte Versorgungsgüter.

216 ■
Arbeitsbuch des französischen Arbeiters Gilbert Joly
Dresden, 2. März 1944 / Karton, Papier, 14,8 × 10,6 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, Do 71/195II

216

In den von der Wehrmacht besetzten Ländern Westeuropas warben die deutschen Behörden ab 1940 Arbeiter für den Einsatz im Deutschen Reich an. Nach dem Scheitern der Wehrmachtsoffensiven in der Sowjetunion im Winter 1941/42 wurden auch aus Westeuropa Menschen zur Arbeit in Deutschland gezwungen. Die Arbeitsämter stellten für die Zwangsarbeiter Arbeitsbücher aus. Sie enthielten Angaben zur Person, zur beruflichen Qualifikation und zum Arbeitgeber. Die Arbeitsbücher dienten auch als Ausweis gegenüber der Polizei.

218

218 ■
Zwangsarbeiterin aus der Sowjetunion in Wernigerode
Ursula Litzmann (geb. 1916) / Wernigerode, 1943 / Fotoreproduktion / Berlin, Deutsches Historisches Museum, BA Litzmann 302/36

Die Rautalwerke in Wernigerode, einer Kleinstadt im Harz, beschäftigten seit 1942 mehrere hundert Zwangsarbeiter. Darunter waren viele Frauen aus der Sowjetunion. Sie mussten in der Leichtmetallgießerei Zulieferteile für die Rüstungsindustrie herstellen.

217
Karteikarte der ukrainischen Zwangsarbeiterin Ilwdokia Nyschnyk
Braunau, 3. Juni 1942 / Karton, 20,8 × 14,8 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, Do2 88/488.2

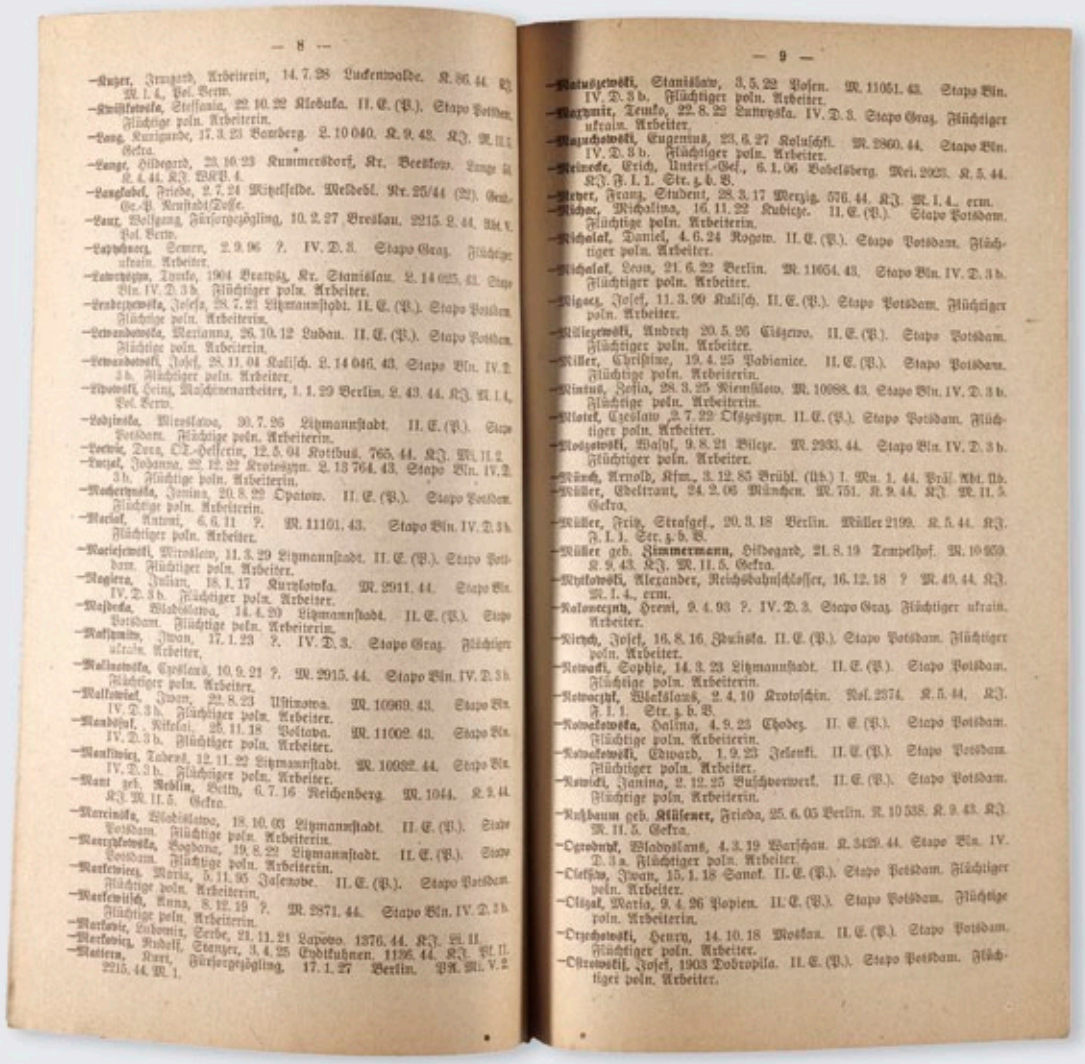
Arbeitsämter, Krankenkassen, Gesundheitsämter und weitere deutsche Behörden erfassten die Zwangsarbeiter. Die von den Behörden ausgestellten Ausweise und Karteikarten enthielten Angaben zur Person wie Herkunft, rassistische Klassifikation gemäß der nationalsozialistischen Ideologie, aber auch berufliche Qualifikationen und Arbeitsstellen. Mit diesen Informationen konnte die Polizei flüchtige Zwangsarbeiter zur Fahndung ausschreiben.

219
Tätigkeitsbuch der Polizeiwache Bockum-Hövel
Bockum-Hövel, 15. August 1943 bis 17. April 1948 / Leinen, Papier, 30 × 23 × 6 cm / Hamm, Polizeihistorische Sammlung Paul beim Polizeipräsidium Hamm

Das Tätigkeitsbuch dokumentiert die Arbeit der Schutzpolizei in der westfälischen Gemeinde Bockum-Hövel. Ab 1942 verzeichneten zahlreiche Einträge Kontrollen und Festnahmen von Zwangsarbeitern. So nahm eine Polizeistreife am 3. September 1943 zwei sowjetische Zwangsarbeiter fest, die in der Zeche Radbod beschäftigt waren, weil sie das vorgeschrieben Ostarbeiterabzeichen nicht trugen. Die Polizei brachte solche Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht regelmäßig zur Anzeige. Den Betroffenen drohten Strafen bis zur Einweisung in Lager der Gestapo.

220
Ukrainische Zwangsarbeiterinnen bei Aufräumarbeiten nach einem Luftangriff
Karl Paetow (1903 – 1992) / Kassel, 1943 – 1944 / Fotoreproduktion / Kassel, Stadtmuseum, 4/39/20

Um die Schäden nach den alliierten Luftangriffen zu beseitigen, wurden in vielen deutschen Städten Zwangsarbeiter eingesetzt. Zu den körperlich schweren und vielfach auch lebensgefährlichen Arbeiten unter Polizeibewachung wurden auch Frauen herangezogen.



221

221 ■
Fahndungsnachweis der Kriminalpolizeileitstelle Berlin
Berlin, 10. April 1944 / Papier, 22 × 24,3 cm / Privatbesitz

Der Fahndungsnachweis der Kriminalpolizeileitstellen war eine Loseblattsammlung, die mehrmals im Monat aktualisiert wurde. Die Ausgabe enthält die Namen hunderter polnischer und ukrainischer Zwangsarbeiter, die von der Gestapo zur Fahndung ausgeschrieben waren. Die Fahndung nach flüchtigen Zwangsarbeitern gehörte besonders im letzten Kriegsjahr zu den Alltagsaufgaben der Polizei im Deutschen Reich.

244

245

»Die LS-Bunkerverwalter usw. sind nochmals eingehend zu belehren und anzuweisen, daß 1. Kriegsgefangenen, Ostarbeitern und P-Polen der Zutritt zu den LS-Bunkern bei Fliegeralarm grundsätzlich untersagt ist.«

Tagesbefehl Nr. 1 vom Kommando der Schutzpolizei Bremen, 3. Januar 1944 (Bremen, Staatsarchiv Bremen, 7, 1066-342)

243
Warnung gegen Plünderer nach einem Luftangriff
»102. Luftangriff, Schadensstelle Admiralstraße mit Warnschild des Polizeipräsidenten« / Walter Cüppers (1900–1965) / Bremen, 5. September 1942 / Fotoreproduktion / Bremen, Staatsarchiv Bremen, 4,77/1, 5088

Die alliierten Luftangriffe zerstörten ab 1942 immer mehr Städte im Deutschen Reich. In den Trümmerwüsten zerfielen die Ordnung und das öffentliche Leben. Die ausgebombte Bevölkerung versuchte ihren Besitz zu retten. In dem Chaos nach den Bombenangriffen suchten die völlig unzureichend verpflegten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, aber auch verzweifelte ›Volksgenossen‹ nach verwertbaren Gütern. Die Polizei verfolgte Plünderer mit großer Härte. Selbst der Versuch konnte aufgrund der »Verordnung gegen Volksschädlinge« mit dem Tod bestraft werden.

244
KZ-Häftlinge beseitigen unter Aufsicht der Polizei Luftkriegsschäden
»122. Luftangriff, Obernstraße 44/54, 2. SS-Bau-Brigade beseitigt Trümmer an der Schadensstelle« / Walter Cüppers (1900–1965) / Bremen, 20. Dezember 1943 / Fotoreproduktion / Bremen, Staatsarchiv Bremen, 4,77/1, 2485

Um die Schäden nach den alliierten Luftangriffen zu beseitigen, stellte die SS ab Herbst 1942 aus KZ-Häftlingen sogenannte Baubrigaden auf. In den zerstörten Großstädten Nord- und Westdeutschlands mussten die Häftlinge unter den Augen der Öffentlichkeit Blindgänger entschärfen, Leichen bergen und Trümmer abtragen. Einheiten von SS und Polizei bewachten diese ›KZ auf Rädern‹. An den Folgen der harten Arbeitsbedingungen und der Gewalt des Wachpersonals starben zahlreiche Häftlinge.

245
Polizisten im Luftschutz
»Sielers Festsäle, Pappelstraße 57, Gebäudesprengung 1. Teil – der Saal ohne Bühnenhaus« / Johannes Köster (1896–1970) / Bremen, Juni 1943 / Fotoreproduktion / Bremen, Staatsarchiv Bremen, 4,77/1, 4416

Zu den Aufgaben der Polizei im Rahmen des zivilen Luftschutzes gehörte auch die Dokumentation der Schäden durch die alliierten Bombenangriffe. Für die Bremer Polizei hielten zwei Fotografen die Folgen der 162 Luftangriffe auf die Stadt vom 18. Mai 1940 bis zum 30. April 1945 auf mehreren tausend Aufnahmen fest.

Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen. Ausstellung und Katalog zeigen, dass nicht nur die Gestapo, sondern auch die Kriminalpolizei und die uniformierte Polizei die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staates verfolgten – zunächst im Innern des Deutschen Reiches und ab Kriegsbeginn 1939 auch in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten. Alle Sparten der Polizei waren am nationalsozialistischen Völkermord beteiligt, an der Unterdrückung des Widerstands und an der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit. Diese Verbrechen verübten Polizisten, die mehrheitlich in der Weimarer Republik, einem demokratischen Rechtsstaat, ausgebildet worden waren. Nur wenige von ihnen mussten sich für ihre Taten nach 1945 vor Gericht verantworten. Viele konnten in der Bundesrepublik ihre Karrieren im Polizeidienst fortsetzen.

SANDSTEIN ISBN 978-3-942422-20-8